

# 50 Jahre Helsinki-Akte: Erwartungen, Realität und Zukunft

Von Außenminister Sergej Lawrow

Erschienen in Rossiyskaya Gazeta

1.8.2025

[https://mid.ru/en/foreign\\_policy/news/2039053/](https://mid.ru/en/foreign_policy/news/2039053/)

Übersetzung von Andreas Mylaeus

Der 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und im Zweiten Weltkrieg im Jahr 2025 ist für uns Anlass, uns an die Bedeutung des Friedens zu erinnern, der unsere Vorfahren so viel gekostet hat, und ihn erneut zu bekräftigen. Wir müssen uns auch bewusst sein, wie fragil diese Friedensarchitektur ist. Tatsächlich hängt ihre Integrität von der Fähigkeit der Länder und ihrer Völker ab, koordinierte gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Im Jahr 1945, dem Jahr des Sieges, erkannten die Großmächte die Notwendigkeit, ihre Differenzen zum Wohle der gesamten Menschheit zu überwinden. Dies ebnete den Weg für die Gründung der Vereinten Nationen als eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Vision. Tatsächlich sind die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele und Grundsätze bis heute relevant und stehen im Einklang mit der Realität einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung.

Es gibt jedoch noch ein weiteres internationales Ereignis, das sich vor genau 50 Jahren ereignete und dessen Gedenken würdig ist. Damals wurde die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Sie wurde zu einem Meilenstein für die Konsolidierung der Nachkriegsarchitektur auf der Grundlage des Rahmens, der aus den Konferenzen von Jalta und Potsdam hervorgegangen war. Diejenigen, die eine unfreundliche Haltung gegenüber Russland einnehmen, versuchen, die Tatsache zu verschleiern und unter den Teppich zu kehren, dass unser Land, das damals die UdSSR war, eine führende Rolle im Helsinki-Prozess gespielt hat, und verzerren gleichzeitig die Ziele, die die sowjetischen Führer verfolgt haben. Wir sehen uns mit unbegründeten und unattraktiven Vorwürfen konfrontiert, das europäische Sicherheitssystem zu untergraben, und Politiker in der EU und der NATO machen keinen Hehl aus ihrer Absicht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs umzuschreiben, und scheuen sich nicht, zu diesem Zweck barbarische Fälschungen zu erfinden.

Die historische Wahrheit ist jedoch, dass die sowjetische Führung von Anfang an klar erkannt hatte, dass das sowjetische Volk, das die dunklen Kriegsjahre überlebt hatte, in der neuen Welt mit zwei

gegensätzlichen Blöcken Frieden und Ruhe brauchte. Diplomatie-Lehrbücher und Memoiren geben einen ausführlichen Überblick darüber, wie es zu den Helsinki-Abkommen kam. Dennoch muss ich erwähnen, dass es Moskau war, das 1954 den Vorschlag zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitsrahmens in Europa unterbreitet hat. Aber unsere ehemaligen Verbündeten aus der Anti-Hitler-Koalition haben diese Initiative abgelehnt. Später, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, war es erneut die sowjetische Führung, die sich für die Einberufung der KSZE aussprach, um eine einheitliche europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Diesmal unterstützten die westlichen Länder diese Idee zumindest im Grundsatz. Die Welt musste mehrere Schocks erleben, darunter die Kubakrise, bevor die NATO die Notwendigkeit erkannte, den Rechtsrahmen durch die Unterzeichnung neuer Verträge zu verbessern.

Die am 1. August 1975 verabschiedete Schlussakte von Helsinki war das Ergebnis langjähriger harter Arbeit. Die Bemühungen zur Überwindung der Konfrontation konzentrierten sich auf die Gewährleistung einer inklusiven und umfassenden Sicherheit auf gleicher Grundlage für alle. Dieses Sicherheitskonzept umfasste die militärische und politische, die wirtschaftliche und die humanitäre Dimension. Die Schlussakte von Helsinki enthält zehn Grundsätze, die auf dieser Vision beruhen, und ist ein einzigartiges Instrument, da sie im Konsens verabschiedet wurde. Nachdem sich die KSZE 1995 zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterentwickelt hatte, wurde diese Architektur in ihren Dokumenten weiter ausgebaut. Heute umfasst diese Organisation 57 Mitgliedstaaten. Die strikte Einhaltung der Helsinki-Prinzipien hätte Frieden und Sicherheit für alle Unterzeichnerstaaten gewährleisten können.

Es ist jedoch mittlerweile klar, dass es dem Westen nicht ernst war mit der Erfüllung der Verpflichtungen, die er damals eingegangen war.

Rückblickend können wir feststellen, dass unser Land und der Westen bei der Einleitung des Helsinki-Prozesses unterschiedliche Ziele verfolgten. Die UdSSR war der Ansicht, dass ihr Hauptziel darin bestand, Sicherheitsgarantien zu erreichen und eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen. Daraus leitet sich der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen auf der Grundlage der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs ab. „Die Festlegung der europäischen Grenzen und die Gewährleistung ihrer Unverletzlichkeit ist das wichtigste Ergebnis meiner Bemühungen ... Wenn die europäischen Länder sich weigern, die Helsinki-Vereinbarungen einzuhalten, und beginnen, sie zu verletzen, ... wird der Krieg in Europa wieder ausbrechen.“ Die Worte von Andrej Gromyko können als Prophezeiung angesehen werden. Der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen wurde verletzt, als Slowenien und Kroatien sich 1991 einseitig von Jugoslawien trennten und Deutschland als erstes Land ihre Unabhängigkeit anerkannte, indem es aus der Europäischen Union und der NATO ausscherte, woraufhin der Westen insgesamt folgte.

Unsere westlichen Nachbarn haben die übrigen OSZE-Konsensgrundsätze ausnahmslos nach Belieben ausgehöhlt oder völlig missachtet. Sie haben implizit darauf hingearbeitet, Informationen über das militärische und wirtschaftliche Potenzial der Sowjetunion zu gewinnen und die innere Ordnung in unserem Land zu untergraben, wobei sie verschiedene Methoden anwandten, einschließlich der Durchsetzung aufdringlicher Verpflichtungen in Menschenrechtsfragen. Die NATO- und EU-Staaten hielten es nicht für notwendig, die Helsinki-Prinzipien zu respektieren, während sie andere zwangen, sie selektiv umzusetzen, soweit dies den Interessen des Westens entsprach. Aus diesem Grund haben sie auch die Konsensregel geopfert.

Der erste Korb, die militärpolitische Dimension der Organisation, wurde irreparabel beschädigt. Sie erinnern sich vielleicht, dass die Mitgliedstaaten im Laufe der Zeit einstimmig eine Reihe grundlegender Dokumente verabschiedet haben, in denen die Unteilbarkeit der Sicherheit bekräftigt wurde, was bedeutet, dass kein Land das Recht hat, seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken, und dass kein Land und keine Organisation nach der Vorherrschaft in Europa streben sollte. Dieser Grundsatz wurde insbesondere in den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen in Paris (1990), Istanbul (1999) und Astana (2010) formell verankert.

Während jedoch diese und andere hochfliegende Erklärungen verabschiedet wurden, tat der Westen genau das Gegenteil und trieb die Osterweiterung der NATO zum Nachteil der Interessen Russlands und vieler anderer Länder voran. Er weigerte sich, in der OSZE und im Russland-NATO-Rat (gegründet 1998) ernsthafte Diskussionen über Maßnahmen zu führen, die zumindest die negativen Folgen der Blockerweiterung für die Sicherheit Russlands ausgleichen könnten. Infolgedessen blieben alle oben genannten Konsensdokumente der OSZE zur unteilbaren Sicherheit reine Theorie. Der Westen unterzeichnete sie, brach jedoch sein Versprechen und setzte seine Politik fort, die militärische Infrastruktur der NATO direkt an unsere Grenzen voranzutreiben. Gleichzeitig förderte er das Bild Russlands als Bedrohung für den Frieden.

Die westlichen Länder haben alle OSZE-Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen verletzt. Russland hat mehr als einmal an das Gewissen der westlichen Eliten appelliert und sie aufgefordert, verlässliche Sicherheitsgarantien auf der Grundlage der im Rahmen der OSZE vereinbarten grundlegenden Verpflichtungen zu koordinieren.

Der letzte derartige Appell wurde im Dezember 2021 veröffentlicht, als Russland die Entwürfe für rechtsverbindliche Dokumente vorlegte. Washington und Brüssel lehnten diese arrogant ab und erklärten, niemand habe das Recht, die Erweiterung der NATO einzuschränken, auch nicht durch die Einbeziehung der Ukraine in das Bündnis. Damit wurden die letzten Zweifel ausgeräumt, falls es noch welche gab: Die NATO bereitete sich darauf vor, Russland durch die Marionetten des Kiewer Regimes, das sie 2014 in

einem blutigen Putsch entgegen den Garantien Berlins, Warschaus und Paris' an die Macht gebracht hatten, eine „strategische Niederlage“ zuzufügen. Diese Schlussfolgerung wurde später von Merkel, Hollande und Poroschenko bestätigt, die öffentlich zugaben, dass ihre Unterschriften unter den Minsker Vereinbarungen vom Februar 2015, die den von Kiew ausgelösten Konflikt im Donbass beenden sollten, eine Lüge waren und dass sie diese nur unterzeichneten, um ukrainische Nazis mit Waffen für einen Krieg gegen Russland zu versorgen.

Dies hat uns keine andere Wahl gelassen, als die Sonderoperation zu starten, um die Sicherheit Russlands zu gewährleisten und die russischen und russischsprachigen Bürger und ihre Rechte zu schützen, die das Kiewer Regime offen zerstörte.

Europa ist zutiefst von Russophobie durchdrungen, und seine Militarisierung gerät zunehmend außer Kontrolle. Dafür gibt es mehr als genug Belege, beispielsweise die Erklärung des Präsidentin der Europäischen Kommission, 800 Milliarden Euro für Verteidigungszwecke mobilisieren zu wollen. Die meisten Äußerungen zu diesem Thema stammen in letzter Zeit von dem deutschen Bundeskanzler, der eine Aufrüstung Deutschlands, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den Umbau der Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas gefordert hat, wahrscheinlich ähnlich wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ihm pflichtet der Verteidigungsminister bei, der sich bereit erklärt hat, russische Soldaten zu töten. Dies erinnert an historische Ereignisse: Mit ihren derzeitigen Führern verwandeln sich das moderne Deutschland und der Rest Europas in ein Viertes Reich. Die Lage ist äußerst alarmierend, und die OSZE wird wahrscheinlich keine Hilfe sein.

Es ist nicht verwunderlich, dass die OSZE inmitten der im Westen entfesselten antirussischen Hetzkampagne auch ihre Rolle bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel und anderen Formen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität sowie bei der Gewährleistung der internationalen Informationssicherheit verfehlt hat. Diese Probleme sind nicht verschwunden, sondern wurden der Aufgabe geopfert, Moskau zu „isolieren“.

Auch im „zweiten Korb“, also der wirtschaftlichen und ökologischen Dimension der OSZE, sind bedauerliche Entwicklungen zu verzeichnen. Dieser sollte als Mechanismus zur Harmonisierung der Interessen aller Mitgliedstaaten dienen. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich hat jedoch ihre praktische Bedeutung verloren, da die Europäische Union immer mehr Länder vereinnahmt und eine Politik der Durchsetzung neokolonialer Assoziierungsabkommen und anderer Formen der Zusammenarbeit gegenüber ihren externen Partnern, darunter auch den OSZE-Staaten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, verfolgt. Der Ständige Partnerschaftsrat zwischen Russland und der EU, der scheinbar mit edlen Absichten gegründet wurde, ist faktisch zu einer Fassade geworden, hinter der Brüsseler

Bürokraten ihre einseitige Agenda vorantreiben, um die Beziehungen zwischen Moskau und den nationalen Regierungen aller EU-Mitglieder zu dominieren.

In den letzten Jahren hat der Westen offen seine absolute Verachtung für die Grundsätze der OSZE gezeigt und den Weg eingeschlagen, Rivalen durch wirtschaftlichen Druck zu unterdrücken, einschließlich rechtswidriger einseitiger Maßnahmen gegen Russland, Belarus und jedes andere Land, das sich für die Verteidigung seiner legitimen nationalen Interessen einsetzt. Die OSZE markierte das endgültige Ende der praktischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West.

In letzter Zeit, bzw. seit Beginn der Sonderoperation, besteht das einzige Anliegen des Westens in Bezug auf den „zweiten Korb“ der OSZE darin, unbegründete Behauptungen aufzustellen und Russland „Umweltschäden“ in der Ukraine vorzuwerfen – ohne dabei jemals die Ursachen der Ukraine-Krise und das Wesen des Kiewer Regimes zu erwähnen, dessen Vorgehen gegen zivile Industrieanlagen, darunter auch Kernkraftwerke, unannehmbare Risiken für die Umwelt mit sich bringt. Dennoch versucht der Westen, die Kosten Russland aufzubürden und seine Klienten, die er durch einen verfassungswidrigen Putsch an die Macht gebracht hat, freizusprechen.

Was den „dritten Korb“ betrifft, so hat der Westen von Anfang an die Menschenrechtsagenda der OSZE für Mentoring und Belehrungen ausgenutzt, um neoliberale Werte zu fördern und eine loyale fünfte Kolonne in den Ländern „östlich von Wien“ aufzubauen, indem er ein Netzwerk „unabhängiger“ NGOs und Medien finanziert und organisiert hat. Grundlegende Aufgaben wie die Förderung des interkulturellen Dialogs, der Zugang zu Informationen und der Schutz der Rechte ethnischer Minderheiten und Gläubiger wurden aus der Agenda gestrichen. Die viel gepriesenen Menschenrechtsmechanismen der OSZE wurden in Wirklichkeit (offenbar wie von Anfang an beabsichtigt) als Instrumente der unverhohlenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands und anderer Mitgliedstaaten eingesetzt.

Die westlichen Nationen, der Generalsekretär und alle OSZE-Institutionen schweigen zu den Maßnahmen des Kiewer Regimes, das seit 2017 eine Reihe von Gesetzen erlassen hat, um die russische Sprache und Kultur auszulöschen. Den Menschen wird verboten, ihre Muttersprache zu lernen, zu lesen, Informationen zu erhalten und sich einfach nur in ihrer Muttersprache zu verständigen. Das Regime hat sich durch eine Kampagne gegen die kanonische ukrainisch-orthodoxe Kirche, deren Oberhaupt kürzlich die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, weiter in den hochsensiblen Bereich der Religion eingemischt. Die Neonazis sind so tief gesunken, dass sie gegen diejenigen kämpfen, die im Krieg um die Befreiung der Ukraine von Hitler ums Leben gekommen sind. Das unfassbare Ausmaß der kulturellen Degradierung, das an Barbarei grenzt, zeigte sich in Lemberg, wo die Überreste sowjetischer Soldaten, die auf dem Hügel der Ehre beigesetzt waren, exhumiert und vom Bürgermeister zum Austausch gegen ukrainische Kriegsgefangene angeboten wurden.

Die Exekutivorgane der OSZE ignorieren seit Jahren die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung in Moldawien und den baltischen Staaten sowie die zynische Missachtung des Problems der massenhaften Staatenlosigkeit durch Riga und Tallinn, zahlreiche Vorfälle von Islamophobie und Christenfeindlichkeit, darunter öffentliche Verbrennungen des Korans in Dänemark und Schweden, und die Verfolgung der estnisch-orthodoxen Kirche. Sie ignorieren beharrlich die systematische Unterdrückung der Nachfahren der First Nations Kanadas, während immer mehr unmarkierte Massengräber indigener Kinder entdeckt werden. Ebenso ignoriert wird der Einsatz von „besonderen Zwangsmitteln“ – Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer – zur gewaltsamen Auflösung von Protesten in Städten in den Vereinigten Staaten und Europa.

Die Medienlandschaft in der Ukraine, in Moldawien und vielen EU-Ländern unterliegt umfassenden Säuberungsmaßnahmen. Russische Korrespondenten, die in diesen Ländern arbeiten, sind repressiven Maßnahmen ausgesetzt, darunter Verweigerung des Zugangs zu Veranstaltungen, Einfrieren von Bankkonten, Strafen, Schikanen, Einschüchterung durch Sicherheitsbehörden, vorsätzliche Nichtverlängerung von Akkreditierungen und Aufnahme in restriktive Listen.

Insbesondere in Frankreich werden Vertretern von RT und Sputnik seit 2018 – also lange vor der Sonderoperation – Akkreditierungen verweigert, weil sie als „russische Staatspropagandaorgane und keine seriösen Medien“ abgetan werden. Dies geschah trotz der französischen Initiative, in der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 eine feierliche Verpflichtung aller OSZE-Teilnehmer zu verankern, den freien Informationsfluss und den ungehinderten Zugang zu Informationen sowohl aus ihrem eigenen Hoheitsgebiet als auch aus dem Hoheitsgebiet anderer OSZE-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Offenbar war dieses Versprechen eine Lüge und ist nicht mehr gültig – auch es ist der „Cancel Culture“ zum Opfer gefallen, die alles Russische in Europa ins Visier nimmt. Ein aktuelles Beispiel ist die kurzfristige Absage eines Konzerts von Solisten des Mariinsky-Theaters unter der Leitung von Valery Gergiev in Italien. Doch die OSZE schwieg: Vom Generalsekretär über den Beauftragten für Medienfreiheit bis hin zum Hohen Kommissar für nationale Minderheiten meldete sich niemand zu Wort.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE ist zu einem offen voreingenommenen Instrument politischer Druckausübung geworden. Die Berichte seiner Wahlbeobachtungsmissionen sind ausschließlich von geopolitischen Erwägungen bestimmt – gewinnt ein nicht pro-westlicher Kandidat, fallen die Bewertungen hart aus und es wird sogar die Annullierung der Ergebnisse gefordert. Diese Praxis mit ihren vorformulierten Schlussfolgerungen wird in Brüssel jedoch als „Goldstandard“ der Wahlbeobachtung angepriesen.

Die Sonderbeobachtermissionen der OSZE verdienen besondere Aufmerksamkeit. Nehmen wir zum Beispiel die skandalöse Rolle, die eine solche Mission 1999 beim Vorfall in Račak im Kosovo gespielt hat. Ein Team von Inspektoren traf an dem Ort ein, an dem kosovarische Leichen entdeckt worden waren, und der Leiter der Mission – ein US-Bürger – erklärte sofort, ohne Ermittlungen, dass die jugoslawische Armee Völkermord begangen habe, obwohl er nicht befugt war, solche Urteile zu fällen. Später wurde eindeutig bewiesen, dass es sich bei den Toten um Militante der Kosovo-Befreiungsarmee handelte, die absichtlich Zivilkleidung getragen hatten. Doch dieses von der OSZE-Mission inszenierte Spektakel wurde zum Vorwand für die illegale Anwendung von Gewalt gegen Jugoslawien – einen OSZE-Teilnehmerstaat – und führte schließlich zu dessen Zerstörung. Diese Episode ebnete den Weg für die gewaltsame Abspaltung des Kosovo von Serbien im Jahr 2008, die ohne Referendum und unter flagranter Verletzung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats und des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Grenzen aus der Schlussakte von Helsinki durchgeführt wurde.

Die OSZE-Mission in der Ukraine (2014–2022) versäumte es ebenfalls, eine unparteiische Überwachung zu gewährleisten. Ihre Inspektoren übersahen systematisch Menschenrechtsverletzungen und Medienunterdrückung in den von Kiew kontrollierten Gebieten, ignorierten den grassierenden aggressiven Nationalismus und die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung und verschlossen die Augen vor der vorsätzlichen Tötung von Zivilisten im Donbass. Damit hat die Mission die Verbrechen des Kiewer Regimes schöngefärbt. Nach Ablauf ihres Mandats tauchten Beweise auf, dass OSZE-Beobachter bei der Anpassung des Artilleriefeuers gegen Stellungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk geholfen und gleichzeitig Informationen für die ukrainischen Streitkräfte gesammelt hatten.

Ein gescheiterter Versuch, die drängenden Probleme Europas durch die OSZE-Prinzipien zu lösen, war das Dmitri-Kosak-Memorandum – ein Plan, der die Moldau-Krise 2003 nachhaltig hätte lösen können. Obwohl er sowohl von Chisinau als auch von Tiraspol gebilligt worden war, wurde die Initiative von der NATO und Brüssel brutal torpediert. Jetzt bauen sie systematisch das 5+2-Format ab, den letzten verbliebenen inklusiven Mechanismus für eine Lösung in Transnistrien.

Die OSZE hat in Bergkarabach ähnlich versagt. Die Minsk-Gruppe erwies sich als unfähig, Bedingungen für einen sinnvollen Dialog zwischen den Konfliktparteien zu schaffen, und als ihre westlichen Mitglieder die Zusammenarbeit mit Russland einstellten, verlor die Gruppe jegliche Bedeutung.

Auch die katastrophale Mission der OSZE in Tschetschenien Ende der 1990er Jahre darf nicht übersehen werden. Die voreingenommene Berichterstattung der Inspektoren verschärfte den Konflikt und ermutigte Separatisten und Terroristen in ihrer Konfrontation mit den föderalen Behörden. Dies ließ uns keine andere Wahl, als die Mission auszuweisen.



Russlands Einschätzung der beklagenswerten Lage der OSZE ging stets mit konkreten Vorschlägen zu ihrer Verbesserung einher, die auf eine gemeinsame Basis zwischen den Teilnehmerstaaten abzielten. Seit 2004 setzen wir uns gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für eine Reform der Organisation ein. Eine eigens eingesetzte Gruppe der Weisen erstellte einen Bericht, und ein Fahrplan für Veränderungen wurde verabschiedet. Doch der Westen hat diesen Prozess bewusst blockiert. Die Arbeit an dem 2007 ausgearbeiteten Entwurf einer OSZE-Charta wurde von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verhindert. Sie selbst haben keine realistischen Initiativen vorgelegt, sodass die Reformbemühungen in eine Sackgasse geraten sind und die OSZE den Status einer vollwertigen internationalen Organisation nicht erreichen konnte.

Darüber hinaus hat der Westen den Grundsatz des Konsenses nie respektiert und bereits vor Jahrzehnten begonnen, ihn zu untergraben. Zunächst betraf dies „ausnahmsweise“ das ODIHR unter dem Motto, seiner Arbeit Elemente der Autonomie (oder, einfacher gesagt, der Nichtrechenschaftspflicht) zu gewähren, was im Widerspruch zur Position Russlands und mehrerer anderer Länder stand. Später wurden die Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre eingerichteten speziellen Mechanismen vom Sekretariat der Organisation auf erste Forderung des Westens hin dazu missbraucht, unter dem Vorwand von Menschenrechtsverletzungen in den Gebieten „östlich von Wien“ politische Propagandakampagnen zu schüren.

Eine weitere Strategie zur Aufhebung des Konsenses war die Weigerung, sich auf Regeln für die Finanzierung außerplanmäßiger Projekte zu einigen. Westliche Länder stellen ohne Rücksprache mit anderen Staaten einfach Mittel für Veranstaltungen bereit, die ausschließlich ihren Interessen dienen – vor allem in ehemaligen Sowjetrepubliken. Das gefügte Sekretariat der Organisation versieht diese dann mit dem OSZE-Label.

In diesem Jahr will Finnland unter seinem OSZE-Vorsitz den Helsinki+50-Fonds ins Leben rufen. Eine Analyse zeigt, dass diese Initiative darauf hinausläuft, das Konzept der freiwilligen Finanzierung voranzutreiben und gleichzeitig die Befugnisse der Exekutivstrukturen uneingeschränkt auszuweiten. Ihre Umsetzung wird die OSZE noch tiefer in eine Grauzone stürzen.

Die Probleme, die sich bei der OSZE angehäuft haben, sind enorm. Durch sie belastet, ist die Organisation in den internationalen Angelegenheiten ins Abseits geraten. Die Wiener Plattform bietet keinen Raum mehr für Zusammenarbeit oder Sicherheit. Die Architekten der Schlussakte von Helsinki haben eine solche Zukunft für den paneuropäischen Prozess nicht vorgesehen. Es ist höchste Zeit, darüber nachzudenken, ob eine solche Organisation überhaupt noch einen Daseinsgrund hat.



Heute werden die Ideen der souveränen Gleichheit der Staaten und ihres gegenseitigen respektvollen Dialogs, die in der OSZE erstickt wurden, durch multilaterale Kooperationsprojekte im Rahmen der KSE, der GUS, der SCO und anderer regionaler Strukturen in ganz Eurasien verwirklicht. Diese Plattformen lassen keinen Raum für die Durchsetzung der Interessen einer Gruppe von Nationen auf Kosten anderer, sondern fördern stattdessen das Engagement für eine gerechte Zusammenarbeit und einen echten Konsens.

Als strategisches Ziel strebt Russland die Schaffung einer flexiblen und widerstandsfähigen Architektur der gleichberechtigten und unteilbaren Sicherheit und Zusammenarbeit in Eurasien an, die in der Lage ist, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Das Ziel der Gewährleistung einer unteilbaren Sicherheit hat sich in der OSZE als unerreichbar erwiesen, kann jedoch in einem paneurasischen Rahmen, der allen Nationen des Kontinents offensteht, vollständig verwirklicht werden – als Ausdruck einer neuen, polyzentrischen Weltordnung. Dies ist das Ziel der russisch-belarussischen Initiative zur Ausarbeitung einer Eurasischen Charta der Vielfalt und Multipolarität im 21. Jahrhundert. Innerhalb einer solchen Architektur wird es Raum für die Länder des europäischen Kontinents geben – aber sie werden sicherlich nicht den Ton angeben. Wenn sie Teil dieses Prozesses sein wollen, müssen sie gute Manieren lernen, Diktat und koloniale Instinkte ablegen, sich an die Gleichberechtigung anpassen und als Team arbeiten.

Es könnte durchaus sein, dass die OSZE noch eine Chance hat, sich aus ihrer Asche wieder zu erheben, aber nur, wenn sie sich an die neue geopolitische Realität anpassen kann. In der heutigen Welt haben sich die euro-atlantischen Konzepte für Sicherheit und Zusammenarbeit diskreditiert und haben ausgedient.

Tatsächlich erfordert die Gewährleistung von Frieden und Stabilität einen pan-eurasischen Ansatz, der die legitimen Bestrebungen aller eurasischen Nationen berücksichtigt und ein ehrliches Gleichgewicht zwischen diesen Bestrebungen fördert. Die OSZE muss als Plattform für sinnvolle Diskussionen über Fragen von Krieg und Frieden dienen, ohne diese künstlich der Wirtschafts-, Klima- und humanitären Agenda unterzuordnen. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist die Einführung des Grundsatzes, dass die Länder einer Region die Hauptverantwortung für die Bewältigung von Sicherheitsfragen ohne Einmischung von außen übernehmen. Vor einem halben Jahrhundert forderten die Westeuropäer von den überseeischen Ländern, d.h. den Vereinigten Staaten und Kanada, einen Beitrag zur Ausarbeitung der Schlussakte von Helsinki. Dies war der einzige Grund, warum diese beiden Länder sich diesem Prozess anschlossen. Die sowjetische Führung stimmte zu, weil sie die Wahrung des Friedens in Europa als ihr vorrangiges Ziel betrachtete. Heute ist die Lage jedoch anders, da immer mehr US-Beamte davon

sprechen, dass die Europäer ihre Verantwortung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit übernehmen müssen. Es ist an der Zeit, dass sie Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen.

Die OSZE hat keine Zukunft, wenn die NATO- und EU-Staaten die Konsensregel abschaffen und diese Plattform mit Sitz in Wien weiterhin als ihr privates Sprachrohr nutzen, um schamlose Propagandakampagnen zu verbreiten, mit denen Russland und andere Abweichler verteufelt werden, während sie ihre Untergebenen in Kiew unterstützen.

Gleichzeitig macht der Westen keinen Hehl aus seinen Bemühungen, in militärischen und politischen Angelegenheiten ohne Russland und Belarus zu agieren, ja sogar gegen sie. Man denke nur an Emmanuel Macrons Idee zur Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Bei der Schaffung dieser Struktur haben sie bewusst die Formel „OSZE ohne Minsk und Moskau“ verwendet. Wenn der Westen sich dafür entscheidet, die OSZE zu begraben, ist das seine Entscheidung. In diesem Fall würden die wichtigsten Bestimmungen der Helsinki-Abschlussakte, die vor 50 Jahren von unseren Vorfahren vereinbart wurden, der Vergangenheit angehören. Und diejenigen, die die Grundsätze der Gleichheit, des Konsenses und der kollektiven Kreativität begraben haben, werden als diejenigen in die Geschichte eingehen, die es absichtlich versäumt haben, die Chance zu nutzen, um das friedliche Zusammenleben aller Länder in diesem Teil des eurasischen Raums zu gewährleisten.

Die Wahrscheinlichkeit von Konflikten in Eurasien und weltweit nimmt zu. Einige Forscher und Experten sind der Meinung, dass wir auf ein Jahrzehnt des Krieges oder sogar auf eine ganz neue Ära der Kriege zusteuern. Ich bin überzeugt, dass alle verantwortungsbewussten und vernünftigen Kräfte dieses Szenario verhindern müssen. Zumindest müssen wir einen ehrlichen Dialog führen, um Wege zu finden, die Lage auf unserem Kontinent wieder zu normalisieren, wobei wir uns auf die Charta der Vereinten Nationen als solide Grundlage stützen und uns in erster Linie auf den Grundsatz der souveränen Gleichheit aller Staaten konzentrieren müssen, um den Konsens zu erreichen, der der Gründung der OSZE zugrunde lag.

# **Foreign Minister Sergey Lavrov's article 'The Helsinki Act's 50th anniversary: Expectations, reality, and future,'**

**Rossiyskaya Gazeta, August 1, 2025**

[https://mid.ru/en/foreign\\_policy/news/2039053/](https://mid.ru/en/foreign_policy/news/2039053/)

Marking the 80th anniversary of Victory in the Great Patriotic War and World War II in 2025 serves as an occasion for us to recall and reaffirm the importance of peace which came at such a high cost for our forefathers. We must also be mindful of how fragile this peace architecture is. In fact, its integrity hinges upon the ability of countries and their people to engage in coordinated collective action. Back in 1945, the year of Victory, major powers realised the need to overcome their differences for the sake of the humankind as a whole. This paved the way for establishing the United Nations as one of the key derivatives of this vision. In fact, the purposes and principles set out in the UN Charter remain relevant to this day and are in step with the reality of an emerging multipolar world order.

But there is another international event which happened precisely 50 years ago and is worth commemorating. This is when the Helsinki Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) was signed. It became a landmark event in consolidating the post-war architecture based on the framework resulting from the Yalta and Potsdam conferences. Those camping on unfriendly positions towards Russia seek to diminish and sweep under the carpet the fact that our country, which was the USSR at that time, played a leading role in the Helsinki process, while also distorting the objectives the Soviet leaders were pursuing. We are facing groundless and unappealing accusations of undermining the European security framework, and politicians in the EU and NATO have made no secret of their intention to re-write the outcomes of World War II and do not shy away from concocting barbaric fakes for that purpose.

But the historical truth is that the Soviet leadership had a clear understanding from the very beginning that the Soviet people who survived the dark years of war needed to enjoy peace and calm in the new environment with two opposing blocs. Diplomacy textbooks and memoirs offer an exhaustive account of how the Helsinki agreements came to be. Nevertheless, I believe that I must mention that it was Moscow which came forward with a proposal to create a collective security framework in Europe back in 1954, but our former allies from the anti-Hitler coalition rejected this initiative. Later, in the second half of the 1960s, it was once again the Soviet leadership which spoke out in favour of convening the CSCE for devising a single European security architecture. This time, Western countries supported this idea, at least in

principle. The world had to experience several shocks, including the Cuban Missile Crisis, before NATO realised the need to improve the legal framework by signing new treaties.

Adopted on August 1, 1975, the Helsinki Final Act resulted from many years of hard work. Efforts to overcome confrontation focused on ensuring inclusive and comprehensive security on equal terms for all. This security concept included the military and political, economic and humanitarian dimensions. The Helsinki Final Act sets out ten principles based on this vision and operates as a unique instrument since it was adopted by consensus. After the CSCE evolved into the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE) in 1995, it developed this architecture in its documents. Today, this organisation brings together 57 member states. Strictly abiding by the Helsinki Principles could have guaranteed peace and security for all the signatory states.

But it is now clear that the West was not serious about fulfilling the commitments it assumed at that time.

Looking back, we can conclude that our country and the West pursued diverging objectives when launching the Helsinki process. The USSR believed that its main goal consisted of achieving security guarantees and facilitating peaceful development. This is where the principle of mutually recognising the inviolability of frontiers based on the outcomes of World War II stems from. "Sealing European borders and ensuring their inviolability is the main outcome of my efforts... If European countries refuse to abide by the Helsinki agreements, and start violating them, ... war will make its comeback in Europe." Andrey Gromyko's words can be viewed as a prophecy. The principle of inviolable frontiers was violated when Slovenia and Croatia unilaterally separated from Yugoslavia in 1991 and when Germany became first to recognise their independence by breaking the ranks within the European Union and NATO, only to be followed by the West in general.

Our Western neighbours invariably turned the other OSCE consensus principles inside out to suit their purpose or completely disregarded them. They acted implicitly to gain information about the Soviet Union's military and economic potential and to erode domestic law and order in our country, using various methods, including the enforcement of intrusive obligations on human rights issues. NATO and EU countries did not consider it necessary to respect the Helsinki principles, while forcing others to implement them selectively, inasmuch as this suited the West's interests. It is for this reason that they also sacrificed the rule of consensus.

Irreparable damage has been done to the first basket, the military-political dimension of the Organisation. You may remember that over time the member states have unanimously approved a number of fundamental documents that declared the indivisibility of security, meaning that no country has a right to strengthen its security at the expense of others' security, and no country or organisation should strive for

dominance in Europe. This principle has been formalised, in particular, in the decisions of the heads of state and government adopted at the summits in Paris (1990), Istanbul (1999) and Astana (2010).

However, while adopting these and other high-flown declarations, the West was doing exactly the opposite, increasing NATO's eastward expansion to the detriment of the interests of Russia and many other countries. They refused to hold serious discussions at the OSCE and the Russia-NATO Council (established in 1998) on measures that could at least offset the negative consequences of the bloc's expansion for Russia's security. As a result, all the above-mentioned consensus OSCE documents on indivisible security remained on paper. The West signed them but broke its promise, continuing the policy of advancing NATO's military infrastructure directly towards our borders. At the same time, it promoted the image of Russia as a threat to peace.

Western countries have breached all the OSCE agreements on arms control and confidence-building measures. Russia has appealed to the conscience of Western elites more than once, inviting them to coordinate reliable security guarantees based on the fundamental commitment adopted within the OSCE.

The last such appeal was issued in December 2021, when Russia submitted the drafts of legally binding documents. Washington and Brussels arrogantly rejected them, saying that nobody has a right to restrict NATO's expansion, including by drawing Ukraine into the alliance. That has dispelled the few remaining doubts, if there were any: NATO was preparing to inflict a "strategic defeat" on Russia by the proxy of the Kiev regime, which they brought to power in 2014 in a bloody coup carried out contrary to the guarantees issued by Berlin, Warsaw and Paris. That conclusion was later confirmed by Merkel, Hollande and Poroshenko, who have publicly admitted that their signatures under the Minsk agreements in February 2015, which were done to put an end to the conflict in Donbass launched by Kiev, were a lie and that they only signed them to supply Ukrainian Nazis with weapons for a war against Russia.

This has left us with no other choice than to start the special military operation to ensure reliable safety for Russia and protect the Russian and Russian-speaking citizens and their rights whom the Kiev regime was openly destroying.

Europe is deeply immersed in Russophobia, and its militarisation is essentially becoming uncontrollable. There are more than enough facts of this, for example, the statement by the European commission president to mobilise €800 billion for defence needs. The majority of statements on this issue have recently been made by the German chancellor, who has called for arming Germany, considering the return of compulsory military conscription, and transforming the Bundeswehr into the strongest conventional army in Europe, probably like they did before the First and Second World Wars. He is echoed by the defence minister, who has declared readiness to kill Russian soldiers. This brings historical events to mind: with

their current leaders, modern Germany and the rest of Europe are transforming into a Fourth Reich. The situation is extremely alarming, and the OSCE is unlikely to be of any help.

It is not surprising that amid the rabid anti-Russia campaign launched in the West the OSCE has also failed its role in international efforts to combat terrorism, drug trafficking, human trafficking and other kinds of transborder organised crime, or to ensure international information security. These problems have not gone away but have been sacrificed to the task of “isolating” Moscow.

The ‘second basket,’ or the OSCE’s economic and environmental dimension has also seen regrettable developments. It was intended to serve as a mechanism for harmonising the interests of all member states. However, cooperation in this sector has lost its practical relevance as the European Union devoured more countries and pursued a policy of enforcing neocolonial-style association agreements and other forms of collaboration on its external partners, including the OSCE countries from among the former Soviet republics. The Russia-EU Permanent Partnership Council, seemingly established with noble intentions, has effectively become a facade for advancing the unilateral agenda of Brussels bureaucrats who seek to dominate relations between Moscow and the national governments of all EU members.

In recent years, the West has openly shown absolute contempt for the OSCE’s principles and embarked on the path of suppressing rivals through economic pressure, including unlawful unilateral measures against Russia, Belarus and any other country that strives to defend its legitimate national interests. The OSCE marked a decisive end to practical cooperation between the East and the West.

As of late, or since the launch of the special military operation, the West’s only concern with respect to the OSCE’s ‘second basket’ has been raising unsubstantiated claims and accusing Russia of causing ‘environmental damage’ to Ukraine – all while never mentioning the root causes of the Ukrainian crisis and the nature of the Kiev regime whose acts targeting civilian industrial facilities, including nuclear energy, are creating unacceptable risks for the environment. Yet, the West seeks to impose the costs on Russia while absolving its clients that the West brought to power through an unconstitutional coup.

As for the ‘third basket,’ since day one, the West has exploited the OSCE’s human rights agenda for mentoring and lecturing, to promote neo-liberal values and create a loyal fifth column in the countries ‘to the east of Vienna’ by organising and financing a network of ‘independent’ NGOs and media outlets. The fundamental tasks, such as facilitating the intercultural dialogue, access to information, protecting the rights of ethnic minorities and believers, have been eroded from the agenda. The OSCE’s much-touted human rights mechanisms were, in reality, used (evidently, as intended from the beginning) as instruments of blunt interference in the domestic affairs of Russia and other member states.

The Western nations, the Secretary-General and all OSCE institutions maintain a deathly silence concerning the actions by the Kiev regime, which has enacted a series of laws since 2017 exterminating the Russian language and culture. People are prohibited from learning, reading, obtaining information and simply communicating in their mother tongue. The regime has further encroached upon the highly sensitive domain of religion by launching a campaign against the canonical Ukrainian Orthodox Church, revoking its primate's citizenship in its most recent act. The neo-Nazis have stooped so low as to fight against those who perished in the war for liberating Ukraine from Hitler. The mind-boggling level of cultural degradation, bordering on savagery, was demonstrated in Lvov, where the remains of Soviet soldiers interred at the Hill of Glory were exhumed and offered by the mayor to be exchanged for Ukrainian prisoners of war.

The OSCE's executive bodies have been ignoring discrimination against the Russian-speaking population of Moldova and the Baltic states for years, as well as Riga's and Tallinn's cynical disregard for the problem of mass statelessness, numerous incidents of Islamophobia and Christianophobia, including public burnings of the Quran in Denmark and Sweden, and the persecution of the Estonian Orthodox Christian Church. They persistently ignore the systemic oppression of the descendants of Canada's First Nations, as more unmarked mass graves of indigenous children are discovered. Equally disregarded is the deployment of 'special impact means' – truncheons, tear gas and water cannons – to violently disperse protests in cities across the United States and Europe.

The media landscape in Ukraine, Moldova and many EU countries is undergoing comprehensive purges. Russian correspondents working in these countries face repressive measures, including denial of access to events, freezing of bank accounts, penalties, harassment, intimidation by security agencies, deliberate non-renewal of accreditation, and inclusion in restrictive lists.

In particular, in France, representatives of RT and Sputnik have been denied accreditations since 2018 – long before the special military operation – dismissed as "Russian state propaganda outlets, not proper media." This occurred despite France's own initiative to enshrine in the 1990 Charter of Paris for a New Europe a solemn pledge by all OSCE participants to ensure the free flow of and unimpeded access to information, both from their own territories and those of other OSCE member states.

Apparently, that pledge was a lie and is no longer valid – it too has fallen victim to the "cancel culture" targeting all things Russian in Europe. A recent example was the last-minute cancellation of a concert by Mariinsky Theatre soloists, conducted by Valery Gergiev, in Italy. Yet the OSCE remained silent: from the Secretary General to the Representative on Freedom of the Media and the High Commissioner on National Minorities, no one spoke up.



The OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) has become an openly biased instrument of political pressure. Its election observation mission reports are dictated solely by geopolitical considerations – if a non-pro-Western candidate wins, the assessments grow harsh, even demanding the annulment of results. Yet this practice, with its pre-drafted conclusions, is touted in Brussels as the “gold standard” of electoral monitoring.

The OSCE’s special monitoring missions deserve particular scrutiny. Take, for example, the disgraceful role one such mission played in Kosovo’s Račak incident in 1999. A team of inspectors arrived at the site where Kosovar bodies were discovered, and the mission’s head – a US citizen – immediately declared, without investigation, that the Yugoslav army had committed genocide, despite having no authority to issue such judgments. It was later conclusively proven that the dead were Kosovo Liberation Army militants deliberately dressed in civilian clothing. Yet this staged spectacle, orchestrated by the OSCE mission, became the pretext for the illegal use of force against Yugoslavia – an OSCE participating state – ultimately leading to its destruction. The episode paved the way for Kosovo’s violent separation from Serbia in 2008, carried out without a referendum, in blatant violation of UN Security Council Resolution 1244 and the Helsinki Final Act’s principle of border inviolability.

The OSCE mission in Ukraine (2014–2022) similarly failed to provide impartial monitoring. Its inspectors systematically overlooked human rights violations and media suppression in Kiev-controlled territories, ignored rampant aggressive nationalism and discrimination against the Russian-speaking population, and turned a blind eye to deliberate killings of civilians in Donbass. In effect, the mission whitewashed the Kiev regime’s crimes. After its mandate expired, evidence emerged that OSCE observers had assisted in adjusting artillery fire against positions of the Donetsk and Lugansk people’s republics while also gathering intelligence for the Armed Forces of Ukraine.

One derailed attempt to resolve Europe’s pressing problems through OSCE principles was the Dmitry Kozak Memorandum – a plan that could have sustainably resolved the Moldova crisis in 2003. Despite being agreed upon by both Chisinau and Tiraspol, NATO and Brussels crudely torpedoed the initiative. Now they are systematically dismantling the 5+2 format, the last remaining inclusive mechanism for Transnistrian settlement.

The OSCE similarly failed in Nagorno-Karabakh. The Minsk Group proved incapable of creating conditions for meaningful dialogue between the conflicting parties, and when its Western members ceased cooperation with Russia, the group became entirely irrelevant.

Nor can we overlook the OSCE's disastrous mission in Chechnya during the late 1990s. The inspectors' biased reporting exacerbated the conflict, effectively encouraging separatists and terrorists in their confrontation with federal authorities. This left us no choice but to expel the mission.

Russia's assessments of the OSCE's lamentable state of affairs have consistently been accompanied by concrete proposals for its rectification, seeking common ground among participating states. Since 2004, together with like-minded nations, we have advocated for the Organisation's reform. A specially established Group of Wise Men prepared a report, and a roadmap for transformations was adopted. Yet, the West deliberately stalled this process. Work on the draft OSCE Charter prepared in 2007 was blocked by the United States and the European Union. They themselves failed to put forward any realistic initiatives, and as a result, reform efforts reached a dead end, preventing the OSCE from attaining the status of a fully-fledged international organisation.

Moreover, the West has never respected the principle of consensus and began undermining it decades ago. Initially, "as an exception," this concerned the ODIHR under the slogan of granting its work elements of autonomy (or, more plainly – unaccountability), contrary to the position of Russia and several other countries. Later, specialised mechanisms established in the late 1980s to early 1990s were exploited by the Organisation's Secretariat at the West's first demand to fuel political propaganda campaigns under the pretext of human rights violations in territories "east of Vienna."

Another strategy to break consensus has been the refusal to agree on rules for financing extra-budgetary projects. Western countries, without consulting other states, simply allocate funds for events that solely serve their interests – primarily in former Soviet republics. Meanwhile, the compliant Organisation's Secretariat slaps an OSCE label on them.

This year, under its OSCE Chairmanship, Finland intends to launch the Helsinki+50 Fund. Analysis reveals that this initiative amounts to pushing the concept of voluntary funding while unrestrictedly expanding the executive structures' powers. Its implementation will plunge the OSCE even deeper into a grey zone.

The scale of accumulated OSCE problems is immense. Burdened by them, the Organisation has been side-lined in international affairs. The Vienna platform no longer offers space for cooperation or security. The architects of the Helsinki Final Act did not envisage such a future for the pan-European process. It is high time to consider whether such an Organisation has any reason to persist.

Today, the ideas of sovereign equality of states and their mutually respectful dialogue – strangled in the OSCE – are being realised through multilateral cooperation projects within the CSTO, the CIS, the SCO, and other regional frameworks across Eurasia. These platforms leave no room for imposing the interests

of one group of nations at the expense of others, instead fostering a commitment to equitable collaboration and genuine consensus.

As a strategic objective, Russia envisions forming a flexible and resilient architecture of equal and indivisible security and cooperation in Eurasia, capable of addressing contemporary challenges. The goal of ensuring indivisible security proved unattainable in the OSCE, yet it can be fully realised within a pan-Eurasian framework open to all continental nations – embodying a new, polycentric world order. This is the aim of the Russian-Belarusian initiative to draft a Eurasian Charter of Diversity and Multipolarity in the 21st Century. Within such an architecture, there will be space for countries in Europe's continental expanse – but they will certainly not call the tunes. If they wish to be part of this process, they must learn good manners, abandon diktat and colonial instincts, adapt to equality, and work as a team.

It could well be that the OSCE still has a chance to re-emerge from its ashes, but only if it is able to adapt to the new geopolitical reality. In today's world, the Euro-Atlantic concepts for security and cooperation have discredited themselves and run their course.

In fact, ensuring peace and stability calls for a pan-continental, Eurasian approach which must take into account the legitimate aspirations of all Eurasian nations and promote an honest balance between these aspirations. The OSCE must serve as a platform for engaging in meaningful discussions on matters of war and peace without artificially subjecting them to the economic, climate and humanitarian agendas. Another key condition deals with introducing the principle whereby regional countries assume primary responsibility for addressing security matters without outside interference. Half a century ago, Western Europeans demanded that overseas countries, i.e., the United States and Canada, contribute to drafting the Helsinki Final Act. This was the only reason why these two countries joined this process. The Soviet leadership agreed because it viewed maintaining peace in Europe as its primary objective. But today the situation is different with more and more US officials talking about Europeans assuming their responsibility for guaranteeing European security. It is time for them to take ownership of their own actions.

There will be no future for the OSCE if NATO and EU countries do away with the consensus rule and continue using this platform with its headquarters in Vienna as their private mouthpiece for spreading shameless propaganda campaigns to demonise Russia and other parties who break the ranks, while backing their underlings in Kiev.

At the same time, the West has made no secret of its efforts to act without Russia and Belarus in military and political affairs, and even against them. Just look at Emmanuel Macron's idea to establish the European Political Community. They made a point by using the 'OSCE minus Minsk and Moscow' formula when creating this structure. If the West opts for burying the OSCE, it is their choice. In this case, the

Helsinki Final Act's main provisions as agreed 50 years ago by our forefathers, will become a thing of the past. And those who buried the principles of equality, consensus and collective creativity will go down in history as those who intentionally failed to use the opportunity to ensure the peaceful coexistence of all countries in this part of the Eurasian space.

There is a growing possibility of conflict in Eurasia and across the world. Some researchers and experts have argued that we are heading towards a decade of war, or even maybe a whole new era of wars. I am convinced that all the responsible and reasonable forces must prevent this scenario. At the very least, we need to engage in an honest dialogue in order to find ways for bringing the situation back to normal across our continent by relying on the UN Charter as a solid foundation, with a primary focus on the principle of sovereign equality of all states and with the view to reaching the consensus which underpinned the OSCE's creation.